

## Armut in Chile auf historischem Tiefstand

PRÄSIDENT PIÑERA ERFREUT ÜBER ERGEBNISSE DER JÜNGSTEN CASEN-STUDIE. OPPOSITION KRITISIERT METHODOLOGISCHE MÄNGEL.

**Ende Juli hat der chilenische Staatspräsident Sebastián Piñera die Ergebnisse der alle zwei Jahre von der Regierung durchgeführten Casen-Studie präsentiert, welche anhand einer Reihe von Indikatoren die sozioökonomische Entwicklung des Landes misst. Insgesamt zeichnet die Studie ein positives Bild. So befindet sich in Chile die Armut auf einem historischen Tiefstand, während es beim Thema der sozialen Ungleichheit ebenfalls leichte Forschritte gegeben hat. Die Regierung zeigte sich dementsprechend erfreut über die Ergebnisse, während die Opposition Zweifel an der Aussagekraft der Studie zum Ausdruck brachte.**

Laut der Umfrage, durchgeführt vom Ministerium für Soziale Entwicklung in Zusammenarbeit mit der Universidad de Chile und der für Lateinamerika zuständigen Vertretung der Vereinten Nationen (CEPAL), lebten in Chile im vergangenen Jahr 14,4 Prozent der Bevölkerung in Armut und 2,8 Prozent in absoluter Armut, sprich am äußersten Rand der Existenz. Dies bedeutet eine leichte Verbesserung gegenüber der Vorstudie des Jahres 2010, als es noch 15,1 bzw. 3,7 Prozent gewesen waren.

Insgesamt umfasst die aktuelle Umfrage 87.000 Haushalte aus allen Regionen des Landes. Die Daten wurden zwischen Oktober 2011 und Januar 2012 erhoben. Angesichts der in den letzten Jahren in Chile deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten wurde in der jüngsten Studie die Armutsgrenze auf ein Einkommen von monatlich CLP 72.098 angehoben, die für absolute Armut auf CLP 36.049 (120 bzw. 60 Euro).

Alles in allem sind die Werte der jüngsten Casen-Studie die besten, die seit der ersten Messung im Jahr 1985 erreicht wurden. In Chile leben heute nur noch halb so viele Arme wie kurz nach dem Ende der Militärdiktatur. In 10 der 15 Regionen des Landes ist die Armut in den letzten beiden Jahren zurückgegangen, während sie in vier Regionen leicht angestiegen ist. In der Metropolregion von Santiago hat es keine Veränderung gegeben. Die ärmste Region ist nach wie vor La Araucanía im Süden des Landes, wo viele Bauern sowie die indigenen Mapuche leben. Die Studie belegt auch, dass die Armut in allen Gesellschaftsschichten zurückgegangen ist, mit Ausnahme bei den Kindern und Jugendlichen. Bei den Frauen ist sie hingegen nur sehr leicht gesunken, von 15,7 auf 15,5 Prozent, weshalb nach Expertenmeinung der Zugang der Frau zur Arbeitswelt in Zukunft verbessert werden muss.

Auch bei der sozialen Ungleichheit – historisch eines der größten Probleme des Landes – gab es leichte Verbesserungen. Die jüngste Studie belegt, dass im Jahr 2011 das Einkommen der 10 Prozent Reichen des Landes 35-mal größer war als das der 10 Prozent Ärmsten. Vor zwei Jahren betrug der Unterschied noch 46-mal. Trotzdem bleibt Chile mit einem Gini-Koeffizient von 0,52 bei weitem das OECD-Land mit den größten Einkommensunterschieden zwischen Arm und Reich.

Für Piñera, dem ersten liberalkonservativen Präsidenten in den letzten zwanzig Jahren, sind dies erfreuliche Zahlen. Angesichts des verheerenden Erdbebens in Chile Anfang 2010 und des bereits erwähnten

Preisanstiegs bei den Nahrungsmitteln hatten nämlich viele mit schlechteren Werten gegenüber der Vorstudie gerechnet. Das chilenische Staatsoberhaupt, das seit Monaten mit enttäuschenden Umfragewerten zu kämpfen hat, lies es sich daher nicht nehmen, die Ergebnisse höchstpersönlich der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Piñera bezeichnete die Casen-Studie als eine „sehr gute Nachricht, die Dank der harten Arbeit aller Chilenen, insbesondere der am meisten bedürftigen, möglich gemacht wurde“. Das Staatsoberhaupt erinnerte daran, dass die Beseitigung der absoluten Armut von Anfang an eine Priorität seines Regierungsprogramms gewesen sei. Man werde auch weiterhin alles Mögliche dafür tun, um bis zum Ende der vierjährigen Amtszeit Anfang 2014 eine absolute Armut von unter 1 Prozent zu erreichen.

Begleitet wurde Piñera bei der Präsentation vom zuständigen Minister für soziale Entwicklung, Joaquín Lavín, der das gute Ergebnis in erster Linie auf das positive Wirtschaftswachstum in den letzten beiden Jahren zurückführte. Im Zeitraum 2010-2011 betrug das Wachstum der chilenischen Wirtschaft rund 6 Prozent, was zu mehr Arbeit und höheren Löhnen geführt habe. Hervorhebenswert in dieser Hinsicht die 700.000 Arbeitsplätze, die in den letzten zwei Jahren geschaffen worden seien. Aber auch die zahlreichen, von der Regierung in die Wege geleiteten Maßnahmen, wie z.B. der „Ingreso Ético Familiar“ (eine Art negative Einkommenssteuer) hätten sich ausgezahlt, so Lavín.

Auch andere Vertreter der regierenden Mitte-Rechts-Koalition lobten das Ergebnis, zum Teil mit Seitenhieben auf Piñeras Vorgängerin Michelle Bachelet. Die vorherige Casen-Studie, die während des letzten Jahres der Amtszeit der Sozialistin erhoben wurde, hatte zum ersten Mal in der jüngsten Geschichte eine Verschlechterung der Lage dokumentiert. Bachelet, derzeit Leiterin der Frauenorganisation der Vereinten Nationen in New York, gilt als mögliche Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr. Mit der jüngsten Studie habe man bewiesen, dass Bachelets Wohlfahrts- und Subventionspolitik bei der Ar-

mutsbekämpfung nicht dieselben Früchte trage wie die auf Wachstum und Arbeit ausgerichtete Wirtschaftspolitik der aktuellen Regierung, so der Minister Cristián Larroulet.

In der Tat sind die Daten unbequem für das Mitte-Links-Bündnis der Concertación und hier insbesondere für die Unterstützer von Bachelet. Mit der jüngsten Studie hat die aktuelle Regierung nämlich bewiesen, dass sie auch mit einem traditionell eher „linken“ Thema punkten kann. Dementsprechend versuchten Vertreter der vorherigen Regierung, wie etwa die ehemalige Ministerin Paula Quintana, das Ergebnis herunterzuspielen. Da der Unterschied zur Vorstudie statistisch nicht relevant sei (lediglich 0,7 Prozent), könne man nur schwer behaupten, dass die Armut in Chile zurückgegangen sei, so Quintana. Bemängelt wurde auch die Methodologie der Studie, welche die Armut lediglich anhand des Einkommens misst und nicht auch aufgrund anderer Variable wie z.B. dem Bildungsstand einer Person. Problematisch sei auch, dass der „Lebensmittel-Korb“, der zur Berechnung der Armutsgrenze benutzt wird, seit Beginn der Studie vor über 20 Jahren nicht aktualisiert worden sei.

Regierungsvertreter stimmten diesen konzeptuellen Mängeln der Studie zwar zu, betonten jedoch, dass die Concertación die Methodologie in den zwanzig Jahren an der Macht ebenfalls nicht überarbeitet habe. Ein Vergleich mit früheren Messungen sei legitim, da schließlich ein und dieselbe Methode benutzt worden sei. Die Regierung hat jedoch angedeutet, dass sie eine Überarbeitung der gegenwärtigen Methodologie oder eine komplett neue für die kommenden Umfragen plant. Des Weiteren soll die Casen-Studie in Zukunft jährlich durchgeführt werden, um so genauere Daten über die sozioökonomische Entwicklung des Landes zu bekommen.